

Zur internationalen sicherheitspolitischen Lage Stand 25.08.2017

Inhalt:	Seite
1. Entstehung einer neuen Weltordnung und die Erfordernisse für einen nachhaltigen Frieden	1
2. Entwicklung der Machtverhältnisse und Machtstrukturen.	2
2.1. Die Macht der Ökonomie	2
2.2. Politik	3
2.2.1. Innenpolitik	3
2.2.2. Außenpolitik	3
2.3. Militärische Macht	4
2.4. Der Kampf um die Macht	4
2.4.1. Die Machtpolitik der USA	5
2.4.2. Die Machtpolitik der Russischen Föderation (RF)	5
2.4.3. Die Machtpolitik der Volksrepublik China (VR Ch)	6
2.4.4. Die Entwicklung des Kräftezentrums EU	7
3. Die Entwicklung der Waffentechnik und Arten der Kriege	8
3.1. Die Waffenentwicklung	8
3.2. Über die Arten von Kriegen	8
4. Der Kampf um die Köpfe	9
4.1. Feindbilder	9
4.2. Der Angriff auf das eigenständige Denken	9
4.3. Falschmeldungen oder Lügen	10
5. Der Erhalt des Friedens ist die Hauptaufgabe	10
5.1. Vorschläge für ein Friedensprogramm der Partei DIE LINKE	10

1. Die Entstehung einer neuen Weltordnung und die Erfordernisse für einen nachhaltigen Frieden

Wir leben in einer Zeit mit latenter Kriegsgefahr. Krieg in Europa und Vorderasien, also in der unmittelbaren Umwelt unseres Erdteils sind Normalität geworden. Häufig entwickeln sich neue Gefahrenherde, wie z.B. die neuerlichen Drohungen von Kernwaffenkriegen in Nordkorea. Das prägt auch die sicherheitspolitische Lage. Was sind die wesentlichen Ursachen dafür? Sie ergeben sich aus dem Übergang zu einer neuen, einer multipolaren Weltordnung und aus dem Streben des Kapitalismus eigenem Streben nach Maximalprofit und seinen Machtbestrebungen.

Es vollziehen sich prinzipielle Veränderungen des internationalen Kräfteverhältnisses zu Ungunsten der USA und der westlichen kapitalistischen Welt. Die USA sind bemüht, ihre Rolle als Weltmacht Nr.1 aufrecht zu erhalten, derzeit unter der Losung „america first“. Die Realität eines solchen Weges ist zweifelhaft. Die Spanne zwischen Arm und Reich vergrößert sich, im internationalen Rahmen ist es verbunden mit einer Abkoppelung der USA von anderen Staaten und wichtigen Entwicklungen im Weltmaßstab. Die Aufkündigung des Pariser Vertrags über Umweltschutz, der faktische Abbruch der gemeinsamen Anstrengungen über den Freihandel und weitere Elemente der Politik der USA führen zu einem Vertrauensverlust und schwächen bisherige Partnerstaaten, die sich überwiegend auf die so genannte transatlantische Partnerschaft verließen.

Die entscheidenden Entwicklungstendenzen vollziehen sich im asiatisch-pazifischen Raum, in den aufstrebenden Staaten, der VR China, ja im Gesamtbereich der BRICS – Staaten. Dieser Prozess wird sich über längere Zeit erstrecken, evt. über Jahrzehnte. Er ist die charakteristische Tendenz im Weltmaßstab. Bei dieser gegenläufigen Entwicklung sind globale Widersprüche ernststen Charakters nicht auszuschließen. Es sind nicht nur direkte militärische Konfrontationen der Großmächte, die zu einem großen Krieg führen können, sondern auch aus zunächst unscheinbaren Nebenrichtungen kann diese Gefahr entstehen. Vor uns steht damit die Aufgabe, den Frieden zu erhalten, nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft. Was erwartet uns in dieser Welt? Wird es ein

Kampf „Jeder gegen Jeden“? Nach derzeitigem Stand sind etwa 5 bis 6 Pole (Kräftezentren) zu erwarten, in der UNO wirken jedoch über 190 Staaten. Wie entwickelt sich das Verhältnis Pole zu den Staaten? Die dringende Erhaltung des Friedens steht bereits heute auf der Tagesordnung! Die Wertung des derzeitigen Gefahrenpotentials wird auch sichtbar durch die in der letzten Zeit vollzogene Neuordnung ihrer sicherheitspolitischen Grundlagen (Doktrinen) in fünf wichtigen Mächten (USA, China, Russische Föderation, BRD, Japan).

Außer den Großmächten China und USA bilden sich wahrscheinlich weitere „Kräftezentren“¹ mit Bedeutung für die neue, multipolare Weltordnung. Möglicherweise sind das:

Indien, die Eurasische Union (Russische Föderation u. weitere Staaten), evtl. die EU.

Wobei die Eurasische Union und die EU mehrstaatliche Gebilde darstellen.

Als besondere Gefahren für die Erhaltung des Friedens werden betrachtet:

- die Politik der USA und der NATO-Staaten zur „Eindämmung“ Russlands;
- der euro - asiatische Raum - als strategischer Ausgangsraum in alle Himmelsrichtungen;
- Schwachstellen der weltweiten Infrastruktur;
- Rohstoffvorkommen für Energie, Wasser, strategische Materialien, Nahrung usw.;
- politische und wirtschaftliche Gefahren wie z.B. Wirtschaftskrieg, Cyberkrieg.

Darüber hinaus ist nicht auszuschließen, dass langfristig nicht vorhersehbare Probleme mit bewaffneten Auseinandersetzungen als Folge entstehen können.

Die Geheimdienste der USA und der BRD und die Führungsspitze der US-Armee gehen von möglichen unmittelbaren Zuspitzungen der Situation aus.

2. Entwicklung der Machtverhältnisse und Machtstrukturen

2.1. Die Macht der Ökonomie

Die Ökonomie übt starken Einfluss auf die politischen Entscheidungen des Staates aus. Durch den fortlaufenden Konzentrationsprozess wurde die ökonomische Macht auf ca. 150 nationale und internationale Großunternehmen beschränkt. Diese entziehen sich weitgehend der Kontrolle oder dem Einfluss von Staaten. Parallel dazu vollzieht sich eine enge Verflechtung der produzierenden Seite (Wirtschaft) mit dem Finanzkapital.

2.1.1. Wirtschaft

In wenigen Jahren wird die VR China die USA bei der Kennziffer BIP überholen. Stand 2015:

VR China 11.387 Mrd. US-Dollar, (Wachstumsraten - zwischen 6 - 7 %);

USA 17.965 Mrd. US-Dollar (Wachstumsraten ca. 2 %).

Auf wesentlichen Gebieten entspricht der technologische Stand der Produkte Chinas dem des Westens. Der Zuwachs des BIP der BRICS – Staaten der letzten zehn Jahre liegt wesentlich über dem der kapitalistischen Staaten (*BRICS - Staaten 3,37 %, EU - 1,14 %*)². Das derzeitige Ringen um die Freihandelsabkommen TTIP und CETA stellen eine Art Wirtschaftskrieg dar. Der endgültige Standpunkt der USA dazu ist noch nicht klar. Die Problematik der Kennziffer BIP ist bekannt. Als Vergleich zwischen Staaten ist zunächst das damit ausgedrückte wirtschaftliche Gesamtprodukt von Bedeutung. Zunehmend wird auch die Digitalisierung (oft als Industrie 4.0. bezeichnet) an Einfluss auf die Produktion und das private und gesellschaftliche Leben gewinnen. Sie kann auch das unterschiedliche Entwicklungstempo von Staaten oder Staatengruppen beeinflussen.

Gleichfalls ergeben sich Gefahren aus den ständigen Exportüberschüssen der BRD. Überschüsse eines Staates bedeuten Schulden der anderen. Diese Politik, über mehrere Jahre betrieben, führt zu politischen Abhängigkeiten, Widersprüchen in zwischenstaatlichen Beziehungen.

2.1.2. Finanzen und Bankwesen

¹ Begriff von Frau Merkel auf dem Treffen der Gruppe junger CDU/CSU - Bundestagsabgeordneter April 2016.

² Die Angaben zur wirtschaftlichen Situation entstammen einem Material des Ministeriums für Wirtschaft.

Chinas Reserven an US-Dollars sind beträchtlich. Im internationalen Finanzwesen gewinnt die chinesische Währung zunehmend an Bedeutung (IWF- Anerkennung als Leitwährung, Bildung der Asiatischen Investitions- und Entwicklungsbank, die BRD ist Gründungsmitglied). So werden wesentliche Voraussetzungen für die Zukunft geschaffen.

In der Finanzwelt treten neue Kräfte auf den Plan, die über Billionen USD verfügen. Es sind die Gelder der Anleger in Vermögensverwaltungen. Gebündelt ergeben sich gewaltige Summen. Diese neuen Größen auf den Finanzmärkten sind noch weitgehend unbekannt, sie handeln im Hintergrund, bisher nur passiv. Es gab in der Geschichte jedoch keinen Fall, wo die Konzentration riesiger Geldmassen nicht aktiv Produktion und Politik beeinflussten, um dort Macht auszuüben. Das kann gefährlich werden. Der Senat der USA zeigt starkes Interesse Regulierungsmaßnahmen für Banken, die nach der Finanzkrise festgelegt wurden, im Sinne höherer Profite der Banken rückgängig zu machen.

2.2. Politik

2.2.1. Innenpolitik

Wesentliche Kriterien sind: die innere Stabilität des Staates, angemessener Wohlstand der Bevölkerung, persönliche Sicherheit, Vertrauen in die politische und staatliche Führung. In der RF und in der VR Ch ist anhand demoskopischer Ergebnisse eine Festigung der innenpolitischen Stabilität zu beobachten. In Russland war besonders während kritischster Situationen im Zweiten Weltkrieg, aber auch in historischer Hinsicht stets eine Stärkung des Patriotismus zu verzeichnen. In China wurden besonders durch die wachsenden wirtschaftlichen Möglichkeiten Hunderte von Millionen Menschen aus der Armut geholt. Das ist ein Potential! In beiden Staaten ist ungeachtet vorhandener Probleme eine innere Stabilität zu verzeichnen. Besonders bei den Präsidentenwahlen in den USA zeichnet sich eine innere Zwietracht ab. Zusehends entwickeln sich Probleme durch die gravierende politische und soziale Differenz zwischen Arm und Superreich. Aber auch in der Bundesrepublik vergrößert sich die Differenz zwischen Arm und Reich. Das sind keinesfalls Zeichen innerer Stabilität.

2.2.2. Außenpolitik

Wesentliche Kriterien sind: Akzeptanz des Staates, Vorhandensein einer zukunftsträchtigen Gesellschaftsordnung, Vertrauenswürdigkeit, aktive Beteiligung zur Lösung weltweiter Probleme. Die USA haben seit ihrer Niederlage gegen Vietnam, mit Ausnahme des Krieges gegen Grenada, keinen Krieg gewonnen. Die Lage wird außerdem charakterisiert durch Hegemonialpolitik, durch erfolglose Außenpolitik. Dadurch ist das außenpolitische Ansehen der USA gesunken. Das internationale Ansehen und die Wirksamkeit der Außenpolitik der RF und Chinas dagegen stieg. Auch wenn die hiesigen Medien ein anderes Bild vermitteln. Die RF verkündete am 02.12.2016 eine neue „Konzeption der Außenpolitik“. Diese ist grundsätzlich auf die Erhaltung des Friedens und auf Wege der Zusammenarbeit mit anderen Staaten, auch mit den NATO-Staaten orientiert. Dabei werden jeweils die konkreten Interessen der RF benannt. Die vorausschauende Außenpolitik wirkt zur Verminderung des Konfliktpotentials und damit der Kriegsgefahr. Seitens der Bundesregierung waren darüber bisher keine Reaktionen zu vernehmen.

Bei den BRICS – Staaten ist weitere wirtschaftliche und politische Entwicklung zu erwarten. Die vom Westen verhängten Sanktionen gegen die besonders auf Erdölexport orientierte RF haben diesem Land geschadet - keine Frage. Sie sind noch nicht überwunden. Andererseits haben die Sanktionen in der russischen Wirtschaft offensichtlich erfolgreiche Anstrengungen zur Gestaltung der Produktion mit eigenen Bauelementen, Geräten und technischen Lösungen stimuliert. Im Ergebnis entwickelt sich schrittweise ein vom Westen unabhängiger Zweitmarkt. Eingeschlagene Wege wie wirtschaftliche und politische Sanktionen, sogenannte Gipfel G-7 und G-20 zur Erhaltung des derzeitigen Systems erwiesen sich als nicht zielführend. Arme Staaten haben dort keine Stimme, reiche dagegen suchen Lösungen zum eigenen Vorteil. Solidarität fehlt.

Die Zerstörung des Staatswesens der Gegenseite wird heutzutage nicht nur durch direkte Konfrontation militärischer Verbände, sondern auch durch die Anwendung verschiedener Methoden geprägt. Die Auswertung der durch die USA und die NATO geführten Kriege zeigte – das Kriegsbild hat sich geändert. Somit wird es auch schwerer, die Gefahr eines Krieges zu erkennen. Beispiele der letzten Jahrzehnte zeigen, wie durch sogenannte „farbige Revolutionen“, Nutzung psychologischer Methoden und andere Maßnahmen mit dem folgenden Übergang zum Waffeneinsatz das Staatswesen zerstört und oft Chaos erzeugt wird, welches mit hohen menschlichen Opfern verbunden ist.

Der Aufbau von Streitkräften zum Schutze des Staates ist sein legales Recht. Die Bildung von Verteidigungsbündnissen setzt faktisch eine Bedrohung durch die Gegenseite voraus und stellt somit selbst eine Bedrohung des Gegners dar (im kalten Krieg NATO und Warschauer Vertrag). Der Warschauer Vertrag wurde aufgelöst, die NATO besteht weiter. Gegen wen? Die Politik der NATO-Osterweiterung, der Anspruch auf weltweite Einsätze lassen den Charakter dieser Organisation erkennen. Hegemonialstaaten nutzen solche Bündnisse zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen, sie erheben Forderungen an die Bündnispartner, oft in Form von Steigerung der Militärausgaben. Regionale Sicherheitssysteme implizieren alle Staaten einer Region, sie dienen als Mittel über den Weg von Beratungen die unterschiedlichen Interessen auf friedlichem Wege zu lösen. Als Beispiel dafür kann das Ergebnis von Helsinki dienen: „Die eigene Sicherheit ist nur bei Gewährleistung der Sicherheit der Gegenseite zu haben“.

In der breiten Öffentlichkeit zeigt sich, den derzeitigen Schwerpunkt der Auseinandersetzungen bildet Russland. Warum? Hier sind zwei geostrategische Richtungen zu beachten:

Die NATO hat sich Schritt für Schritt bis an die Grenze Russlands erweitert. Hier ist mitunter auch der Begriff „Ostfront“ zu vernehmen. Die Verlegung von Kampftechnik und Soldaten in unmittelbare Nähe der russischen Grenze durch die USA und weitere NATO-Staaten stellt eine gefährliche Zuspitzung, eine Konfrontation dar. Die „Südfront“ gegen Russland ergibt sich aus Brzezinskis¹ Orientierung „wer über den Eurasischen Raum verfügt – beherrscht die Welt“. Eine Ursache des Krieges der USA und NATO gegen Afghanistan ist auch hier zu finden.

In Abkehr von den Grundsätzen der Helsinki-Konferenz: „Die eigene Sicherheit ist nur bei Gewährleistung der Sicherheit des Gegners zu haben“, wurde bereits auf dem NATO-Gipfel in Prag die Osterweiterung des Bündnisses beschlossen. Auch die Stationierung der Bundeswehr auf lange Zeit in Kundus/Afghanistan (Ministerin v. d. Leyen) ist unter diesen Gesichtspunkten zu betrachten.

2.4. Der Kampf um die Macht

Die Entwicklung der multipolaren Weltordnung geht einher mit ständigen Veränderungen der Kräfteverhältnisse, es verschieben sich auch die Wirkungen der einzelnen Machtfaktoren. Die ungleiche Entwicklung führt zu Verschiebungen der Bedeutung der Kräftezentren. Zur Zeit fehlen internationale Mechanismen zur ausschließlich friedlichen Regelung von Interessenkonflikten unter diesen neu entstehenden Bedingungen. Die Gefahr einer Gewaltanwendung besteht. Die Erhaltung des Friedens gewinnt immer stärker an Bedeutung.

Zur Zeit ist in Europa der Ausbruch eines weltweiten offenen (bewaffneten) Krieges wenig wahrscheinlich, aber die Unberechenbarkeit der Führung der USA, die Machtbestrebungen der NATO-Staaten tragen Gefahrenpotential in sich, dem entgegenzutreten ist.

2.4.1. Die Machtpolitik der USA

¹ Bedeutender US-Geostratege, 1997: Die einzige Weltmacht/Amerikas Strategie der Vorherrschaft

Das Interesse der USA konzentriert sich im Wesentlichen auf die Erhaltung der Position Weltmacht Nr. 1 bei gleichzeitiger Niederhaltung möglicher Konkurrenten. Als Mittel dazu dient vorwiegend die Militärmacht, aber auch die Wirtschaftsmacht wird dazu genutzt. Die Wahllosung eines Mister Trump „Amerika first“ ist letzten Endes die Erkenntnis der sinkenden Rolle der USA.

Als wichtiges Potential zur Sicherung der Rolle der USA wurden bereits kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges internationale Bündnisse/Blöcke gebildet (NATO, SEATO usw.). Diese Blöcke bestehen bis heute. Dabei wurde die Stoßrichtung gegen den Sozialismus ersetzt durch geopolitische Auseinandersetzungen vor allem mit Russland und China.

Eindeutig ist festzustellen – die USA verfügen über die personell und militärtechnisch stärkste Militärmacht. Diese werden sie auch einsetzen, wenn es um die Durchsetzung ihrer Interessen geht, auch unter Nutzung fadenscheiniger Begründungen (Irak, Afghanistan). In den letzten zehn Jahren veranderten die USA für den Militärhaushalt¹ etwa das 13-Fache an US-Dollar wie Russland. Mit einer Vielzahl neuer Waffensysteme wurde eine waffentechnische Überlegenheit im Vergleich zu Russland geschaffen, die eine neue Art von Kriegen ermöglichte, so z. B. die Führung sogenannter „kontaktloser Kriege“, um eine Niederrichtung des Gegners auch ohne direkten frontalen Einsatz bewaffneter Gruppierungen erreichen zu können.

Offensichtlich haben die USA jedoch gewisse Grenzen erreicht: „Die USA signalisieren - im Bewusstsein geschrumpfter materieller Ressourcen - deutlich, daß Amerikas Engagement in der Welt künftig selektiv und sein Anspruch an die Partner ... höher sein wird.“²

Dem „selektiven Engagement“ wären wohl zuzuordnen:

- die Durchführung einer Reihe kleinerer Kriege oder Stellvertreterkriege in den Interessensphären potentieller Gegner, selbst wenn anstelle eines militärischen Erfolgs „nur“ ein Chaos entsteht;
- der ständige Einsatz des vorhandenen militärischen Potentials (auch als Drohpotential) in oder an den Interessensphären der potentiellen Gegner;
- die Anwendung verschiedener Methoden zur Realisierung eines „Regime-Change“.

Die steigende Anzahl von Kriegseinsätzen der Bundeswehr belegt die Bereitschaft der Bundesregierung, dem „höheren Anspruch“ der USA an die Partner gerecht zu werden.

Auch Präsident D. Trump geht von der selbst definierten Weltmachtposition Nr. 1 der USA aus. Bisher konnte man von ihm kein Konzept zur Sicherheitspolitik der USA, sondern nur einzelne Äußerungen, darunter auch die Drohung der Vernichtung Nordkoreas, bzw. Entscheidungen unterschiedlicher Richtung erkennen. Leider jedoch nichts über friedliche Zusammenarbeit oder über die Erhaltung des Friedens. Die Wege, die Trump in der Militär- und Sicherheitspolitik beabsichtigt zu gehen, sind kaum vorhersehbar, daher unbestimmt und gefährlich.

Es ist jedoch erkennbar, daß die Prioritäten Machterhalt, bzw. Stärkung der Macht und Maximalprofit erhalten bleiben sollen. Seit Amtsantritt des Präsidenten Trump verschärfen sich die inneren Widersprüche und Positionskämpfe, die auch sicherheitspolitische Auswirkungen haben. Gleichfalls können zwischenstaatliche Beziehungen (NATO, Europa) zu Veränderungen führen, deren Konsequenzen kaum vorauszusehen sind. Erst Handlungen der USA werden die Realität erkennbar machen. Die Gefahr für die Erhaltung des Friedens besteht nach wie vor.

2.4.2. Die Machtpolitik der Russischen Föderation (RF)

Die RF ist eine Großmacht. Ihr Interesse dürfte darin bestehen, diese Position zu erhalten, sie auszubauen, die begrenzten Mittel vorrangig zur Stärkung ihrer Wirtschaft zu nutzen und auf dieser

Basis schrittweise auch den Wiederaufbau des Militärs zu sichern. Daraus kann kein Interesse an der Entfaltung eines Kriegs abgeleitet werden.

¹ Siehe SIPRI-Berichte

² Studie Neue Macht – Neue Verantwortung der regierungsnahen Einrichtungen: Stiftung Wissenschaft und Politik der BRD und des German Marshall Funds of the United States; S. 5

Der Aufbau der eurasischen Wirtschaftsunion kann bei der Verwirklichung ihrer Ziele hilfreich sein. Militärisch schloss die RF 2002 ein kollektives Bündnis mit Kasachstan, Armenien, Kirgistan, Tadschikistan und Weißrussland (Organisation des Vertrages über Kollektive Sicherheit - OVKS) ab. Die bereits seit den 90er Jahren bestehende GUS ist zwar nicht aufgelöst, sie ist jedoch nicht mehr wirksam.

Von besonderem geostrategischem Interesse sind die Sicherung der Westgrenze, eine aktive Beteiligung am chinesischen „Seidenstraßenprojekt“, der Ausbau der Infrastruktur der Energiequellen im östlichen und nördlichen Raum (eisfreie Nordpassage).

Die RF betreibt eine aktive Sicherheitspolitik, die sich vorrangig auf die bereits erwähnte neue Konzeption der Außenpolitik der RF stützt und andererseits eine Anpassung der Militärpolitik an die neuen Bedingungen vorsieht. Dazu veröffentlichte der Chef des Generalstabes der Russischen Armee Gerassimow Ende Januar 2017 eine Aufgabenstellung an die Militärwissenschaft. Diese Aufgabenstellung beruht einerseits auf einer Analyse der seit 1991 durch die USA, die NATO und weitere Organisationen geführten Kriege, der „farbigen Revolutionen“ und andererseits auf Gegenwirkungen in Bezug auf zu erwartende Formen und Methoden neuer Kriege. Diese Aufgabenstellung stellt eine Umsetzung der Militärdoktrin der RF dar.

Insgesamt befindet sich die russische Armee im Stadium des Wiederaufbaus. Eine Reihe neuer Waffensysteme zeigt die Effektivität ihrer Entwicklung (siehe Syrien). Nach russischen Angaben kamen dort Erprobungsgeräte besonders zur elektronischen Störung und „Blendung“ gegnerischer elektronischer Waffensysteme zum Einsatz.

Im Westen wie im Osten werden neue Waffen entwickelt. Insgesamt steht jedoch die Frage: „Stehen wir vor einem neuen Wettrüsten?“ Gleichzeitig bestehen Gefahren für die weitere Umsetzung der Abrüstungsbeschlüsse.

Die RF betrachtet als zentrales, auf die Zukunft gerichtetes Anliegen, die Ausarbeitung der Grundlagen für die neue multilaterale Weltordnung. Russland bietet dabei Partnerstaaten eine abrechenbare Basis für die Gestaltung einer langfristigen und stabilen Zusammenarbeit an. Das ist besonders für die kritische Situation mit der Ukraine, dem mittleren und nahen Osten von Bedeutung. Hohes Interesse ist auch für die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik und weiteren Staaten Europas abzuleiten.

In der letzten Zeit ist ein Ausbau der Zusammenarbeit mit China erkennbar, jeweils bei Wahrung eigener Interessen.

Die Angliederung der Halbinsel Krim an die RF und die Ukraine-Politik der RF stellen Antworten auf die NATO-Osterweiterung und das Agieren der USA dar. Die RF betrachtet die Lösung der Probleme in der Ostukraine als innerpolitische Aufgabe der Ukraine.

2.4.3. Die Machtpolitik der Volksrepublik China (VR China)

Das entscheidende Interesse Chinas besteht in einer friedlichen Entwicklung und darin, die USA bei der Kennziffer BIP zu überholen und somit Wirtschaftsmacht Nr. 1 bei gleichzeitiger Stärkung ihres politischen Ansehens im Weltmaßstab zu werden. Dieser Weg wird zielstrebig verfolgt. China führt eine aktive Außenpolitik, ohne Großmachtbestrebungen gegenüber Partnern auszuüben, das bringt Anerkennung. Das Potential der VR China, besonders der Bevölkerungszahl, ist beträchtlich und führt zu wirtschaftlicher, politischer und militärischer Stärke. Einen besonderen Schwerpunkt legt China auf die langfristige Gestaltung von Grundlagen der neuen Weltordnung, konkret auf die Gestaltung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit. So entsteht mit dem Seidenstraßenprojekt eine viel gefächerte Infrastruktur unter Einbeziehung der Anrainerstaaten als Basis für eine weltweite wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit. Es ist ein Völker und Volkswirtschaften verbindendes Projekt. Probleme des Freihandels sind Bestandteil des Projekts, sie dienen nicht, wie z. B. TTIP oder CETA einzelnen Staaten oder Konzernen.

China nutzt seine umfangreichen Dollarreserven zum Aufbau dieser weltweiten Infrastruktur zu Lande und zu Wasser. Aus dieser Politik ist kein Interesse an einem Krieg abzuleiten. China benötigt zur Realisierung seiner Ziele Frieden.

Probleme der Sicherheitspolitik Chinas ergeben sich aus Nordkoreas Macht- und Drohpolitik, derzeit besonders aus der Gefahr eines Kernwaffenkrieges und der damit verbundenen gefährlichen Reaktion der USA. Weitere Sicherheitsprobleme bestehen bei den Beziehungen zu Taiwan, Japan und Vietnam. Deren Lösung sieht China scheinbar sehr langfristig, mit kleinen Schritten und bei Vermeidung internationaler Spannungen.

Die militärischen Aktivitäten des Landes sind vorwiegend auf die Sicherung des Territoriums und der unmittelbaren Interessenszonen gerichtet.

2.4.4. Die Entwicklung des Kräftezentrum EU

Die Europäische Union befindet sich zur Zeit in einer kritischen Situation. die teilweise auf die Politik der BRD zurückzuführen ist: Großbritannien tritt aus dieser Union aus, die „Südstaaten“ wehren sich gegen die Austeritätspolitik und stimmen ihre Politik in einer gesonderten Gruppierung ab. Durch die Absicht, ein Europa der „zwei Geschwindigkeiten“ zu bilden, fühlen sich die nicht einbezogenen Staaten benachteiligt, aufkommende Rechtsentwicklung und überzogener Nationalismus hemmt eine Reihe Entwicklungsvorhaben. In den Staaten der EU besteht eine sehr unterschiedliche wirtschaftliche Situation (Arbeitsproduktivität, Arbeitslosigkeit, wissenschaftlich-technischer Stand). Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Staaten klaffen weit auseinander.

Als Ursachen werden betrachtet die strenge, oft überzogene „Austeritätspolitik“ und die hohen Exportüberschüsse der BRD, die bei den betroffenen Staaten zur Verschuldung führen. Durch die Folgen der Politik der USA „Amerika first“ sind weitere Probleme zu erwarten. Die bisherige Basis der „transatlantischen Partnerschaft“ wird sicher in ihrem Wert verringert und höhere Eigenständigkeit der EU erfordern. In diesem Zusammenhang wird auch die Sicherheitspolitik der EU neu zu betrachten sein. Es ist anzunehmen, dass die NATO mit der Hegemonialmacht USA auch weiterhin die bestimmende Rolle spielen wird.

Mit der Entwicklung des Kräftezentrums EU in der multipolaren Welt wird wohl eine eigenständige Militärmacht angestrebt werden, die evtl. in Zusammenarbeit mit der NATO kooperiert. Beim ersten Treffen des neu gewählten Präsidenten Frankreichs mit der Bundeskanzlerin, aber auch in in den Organen der EU spielte die militärische Zusammenarbeit die Hauptrolle. Das gilt es zu bedenken.

Das **Weißbuch der Bundesrepublik 2016** enthält einen Abschnitt über die Multipolarität. Dort findet man die Aussage, dass die USA auch weiterhin die internationale Sicherheitspolitik prägen, sich dabei vermehrt auf ihre Partner in Europa stützen. Das stimmt mit der Orientierung der Studie „Neue Macht – Neue Verantwortung“ überein.

Gestützt auf diese Studie ist das Streben zu einer Rolle der Bundesrepublik als „Führungsmacht“ zu erkennen. Im Weißbuch 2016 wird das auch wahrgenommen, dazu heißt es:

„Deutschland ist bereit ... Verantwortung zu leben und Führung zu übernehmen.“¹

Also, die Bundesrepublik orientiert auf eine Hegemonialmacht in Europa. Die Frau Ministerin v. d. Leyen wiegelt etwas verschwommen ab: „Führung aus der Mitte heraus“.

Damit beabsichtigt die Bundesrepublik außer der bestehenden ökonomischen Führungsrolle sowie der in der EU bereits praktizierten politischen Führungsrolle nun auch bei dem dritten Machtfaktor, der militärischen Macht, die Führung zu übernehmen. Die Geschichte unseres Landes zeigt, welche Gefahren damit verbunden sein können. Das ist im Sinne einer Führungsrolle in der EU zu verstehen, einer Art „Regionalmacht“ der BRD für Europa mit Anspruch auf eine weltweite Gestaltungsmacht.

Die weitere Entwicklung der EU hängt von der friedlichen Entwicklung, von einer weitgehenden Gleichheit der Wirtschaftsentwicklung der Teilnehmerstaaten, von der Demokratieentwicklung der EU, von der Gestaltung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit mit dem natürlichen Partner Russland ab und davon, wie sich die EU von den USA „abnabeln“ wird.

¹ Weißbuch S. 22

3. Die Entwicklung der Waffentechnik und Arten der Kriege

3.1. Die Waffenentwicklung

Kernwaffen bleiben nach wie vor die größte Gefahr für das Bestehen der Menschheit. Die Mittel und Möglichkeiten zur Verhinderung eines Kernwaffenangriffs in „letzter Minute“ (Rotes Telefon, Warnsysteme) bestehen nicht mehr bzw. sind durch die technische Entwicklung überholt.

Die USA realisierten in den letzten Jahren eine Reihe von Superprogrammen zur Waffenentwicklung, vereint wurden diese unter der Bezeichnung „Gemeinsame Perspektive 2010“ (Joint Vision 2010). Bestandteile sind u. a. land-, luft- oder seegestützte Träger zum Abschuss tausender Minidrohnen für Flüge in sehr geringer Höhe mit hochpräziser Genauigkeit und Fähigkeiten zur Zielerkennung, mit hohen Eindringtiefen zur Vernichtung von Bunkern, Raketenschächten; Entfaltung einer Luft-/ Kosmosgruppierung; Mittel des Cyberkrieges, automatische Waffenroboter, vom Menschen unabhängiger künstlicher Intellekt. Drohnen führen zur automatischen Tötung von Menschen. Das wiederum zerstört die Grundlagen für internationale Gesetzeswerke der Kriegsführung (Genfer Konvention). Der Einsatz solcher Waffen verringert die Verluste der eigenen Kräfte und damit die eigene Betroffenheit; die Entscheidung zur Kriegsführung trifft auf weniger Widerstand.

Hier ist es dringend erforderlich, internationale Regelungen für die Anwendung derartiger Waffen zu Lande, in der Luft und zur See zu schaffen.

Sogenannte „Raketenschirme“ können das strategische Kräfteverhältnis der Großmächte zerstören. Eingeleitete Gegenmaßnahmen befördern das Wettrüsten. Damit dienen angeblich reine Verteidigungsmittel dem Wettrüsten!

Die Bundeswehr bildet einen speziellen neuen Organisationsbereich für den Cyber- und Informationsraum. Damit wird diese Art der Kriegsführung zum festen Bestandteil ihrer Kriegsvorbereitung.

Gestützt auf dieser Waffenentwicklung entstand eine „Technologie“ der Entfesselung von Kriegen, die beginnend von der ökonomischen Blockade und politischen Isolierung über die verschiedenen Arten der ideologischen Beeinflussung Kriege mit Hilfe politischer Mittel vorbereiten soll. Insgesamt stellt die Waffenentwicklung, besonders im Zusammenhang mit der Erhöhung der Rüstungsausgaben, eine ernste Gefahr für die Erhaltung des Friedens dar.

3.2. Über die Arten von Kriegen

Die Arten von Kriegen hängen stets von den Mitteln ab, mit denen sie geführt werden. Die oben geschilderte neue Kriegstechnik der USA in Verbindung mit der Technologie zur Entfesselung von Kriegen ist auf einen „kontaktlosen Krieg“ gerichtet. Das trifft bei einer eindeutigen Überlegenheit über den Gegner zu. Besteht diese Überlegenheit nicht, wird damit auch das Ziel des Krieges nicht erreicht, es ist dann auch mit dem Einsatz anderer Mittel, also einem „Hybridkrieg“ zu rechnen. Clausewitz' Meinung, „der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“, behält ihre Gültigkeit. Der Krieg und sein Beginn sind heutzutage nicht immer offen erkennbar. Sein Beginn wird verschleiert, offener Widerstand der Bevölkerung wird somit erschwert.

Es bleibt von Bedeutung, die Ursachen und die Ziele der Seiten kritisch zu verfolgen.

Bestimmend sind in der Politik und bei Kriegen die Interessen. Diese könnten darin bestehen, den angegriffenen Staat zu schwächen, die Möglichkeit der Staatsführung zu reduzieren oder auch zu behindern bis hin zur Zersetzung des Staates. Dazu werden genutzt: verschiedene Möglichkeiten der Informationstätigkeit; Störung, Zerstörung oder Behinderung administrativer Zentren, der Infrastruktur oder der Versorgung; Einsatz bezahlter und von außen gesteuerter Gruppierungen, die beginnend von Demonstrationen, Zersetzungstätigkeit bis bewaffneten Handlungen eingesetzt werden. Letzten Endes sind sie auch vorgesehen, Handlungen für offene Kriege vorzubereiten. Eine stufenweise Steigerung verschiedener Methoden ist denkbar. Konfrontationen von außen, z. B. die Stationierung von Truppen in Grenznähe, steigern die Gefahren. Die USA und weitere NATO-Staaten haben nach dem Ende der Blockkonfrontation mehrfach diese Kriegsart angewandt.

In den meisten Fällen endeten sie im Chaos (Libyen) oder in Kriegen (Syrien), also mit Blutvergießen.

4. Der Kampf um die Köpfe

Die ideologische Beeinflussung der eigenen Bevölkerung und der eigenen Streitkräfte, aber auch die Einflussnahmen auf die Gegenseite waren seit jeher Bestandteil der Kriegsvorbereitung und der Kriegsführung. Die englische Forscherin A. Morelli untersuchte Methoden der ideologischen Beeinflussung anhand mehrerer Kriege. Der erarbeitete Katalog belegt, dass nach wie vor die gleichen Regelungen genutzt werden: „Wir sind die Guten“, „Der Gegner wendet verbotene Systeme und Methoden an, wir wehren uns nur mit erlaubten Mitteln.“ Die Liste lässt sich fortsetzen. Beispiele sind auch in der Presse und Politik der Bundesrepublik zu finden. Es ist erkennbar, daß die ablehnende Haltung der Bevölkerung gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr, wie auch die Stimmung gegen Kriege insgesamt minimiert werden soll. Besondere Schwerpunkte bilden dabei:

4.1. Feindbilder

In der jetzigen Situation konzentriert sich diese Seite der ideologischen Beeinflussung auf die Russische Föderation. Im Weißbuch heißt es: „Die RF wird auf absehbare Zeit ein Herausforderer für die europäische Sicherheit sein.“ Es folgt weiter die Doppelstrategie: „Wichtig ist im Umgang mit der RF die richtige Mischung aus kollektiver Verteidigung und sektoraler Zusammenarbeit.“¹ Offensichtlich widerspiegelt sich hier auch das Interesse der Wirtschaft. Die Folgen der Wirtschaftssanktionen zeigen ihre Rückwirkung auf die deutsche Industrie. Das Weißbuch enthält schwerwiegende Schuldzuweisung an Russland, konkret: „... die Erhöhung seiner militärischen Aktivitäten an den Außengrenzen der Europäischen Union und der NATO“². Weiter: „Wesentlich für den gemeinsamen Sicherheitsraum unseres Kontinents ist somit nicht die Konzeption einer neuen Sicherheitsarchitektur, sondern Respekt ... und die Einhaltung bestehender und bewährter Regeln und Prinzipien.“ Also keinesfalls soll ein kollektives europäisches Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands zugelassen werden. Nicht die Provokationen der NATO an der russischen Grenze, nicht die Osterweiterung der NATO bilden die Ursachen der Spannungen, sondern die russische Gegenwehr.

4.2. Der Angriff auf das eigenständige Denken

Die meinungsbildenden Medien, wie auch die Politik, orientieren auf Sensationen, Nebensächlichkeiten, auf falsche Begriffe, oberflächliche Reportagen. Einseitige Orientierungen und zielgerichtete Kommentare runden das Bild ab. Der von der Politik sehr oft gepredigte Wertekanon widerspiegelt ein falsches Bild der Gesellschaft. Dort wird nicht die steigende Differenz zwischen Arm und Reich, sondern ein imaginärer Wohlstand behauptet. Der Begriff „Wert“ bildet oft das Kriterium für die Zusammenarbeit mit anderen Gesellschaften, anstatt das „Anderssein“ und damit auch andere Interessen zu akzeptieren. Andere Gesellschaften haben eine andere Kultur, eine andere Geschichte, damit ergeben sich auch andere Werte. Die viel gepriesene Demokratie endet für die Bevölkerung mit Abgabe ihres Stimmzettels. Eine solche Praxis führt dazu, dass die Masse auf Schlagworte hört, gleich, ob diese von äußerst rechter Seite vorgebracht werden oder wie in den USA, einem Herrn Trump zum Wahlsieg verhelfen. In Zeiten der Vorbereitung von Kriegen und bei militärischen Handlungen werden falsche Bilder geschaffen, die zu falschen Schlussfolgerungen bei der Bevölkerung führen. Einzelfakten werden als allgemeingültig dargestellt, Hintergründe und Ursachen nicht erklärt oder nicht benannt. Es reicht nicht, nur Fakten darzulegen, sondern das Denken auf die Ursachen zu konzentrieren.

¹ WB S.31

² WB, S.32

4.3. Falschmeldungen oder Lügen

Besonders in der letzten Zeit wird viel über diese Kategorie der Informationen in sozialen Netzwerken geschrieben und Bestrafung der Autoren oder Netzbetreiber gefordert. Das ist vom Grundsatz her richtig, darf jedoch nicht zur Einschränkung der Meinungsfreiheit führen. Andererseits ist erforderlich, die geforderten Verbote, Kontroll- oder Strafmaßnahmen auf die Politik und die meinungsbildenden Medien auszudehnen. Hier wird die Bevölkerung falsch informiert, damit zu falschen Verhaltensweisen u. a. auch zur unkritischen Haltung bei Kriegseinsätzen animiert. Die Auswirkungen können größer sein als die Wirkungen in sozialen Medien. Möglicherweise besteht hier das Ziel, die Antikriegshaltung der Bevölkerung zu brechen.

Insgesamt ergibt sich die Notwendigkeit, die Bereitschaft und das Vermögen zum Denken über gesellschaftliche Prozesse in enger Zusammenarbeit unserer Partei mit anderen auf die Erhaltung des Friedens orientierten Kräften zu erhöhen.

5. Der Erhalt des Friedens ist die Hauptaufgabe

Die Probleme, die beim Aufbau einer neuen multipolaren Weltordnung entstehen und die existierenden Gefahrenherde sind vielfältig. Sie werden oft verschleiert oder klein geredet. Es kommt darauf an, auftretende Probleme mit friedlichen Mitteln zu lösen. Ein weiterer Aufbau der militärischen Macht ist nicht der Weg dazu.

Der Partei DIE LINKE fällt dabei eine entscheidende Rolle zu. Sie wird in der Bevölkerung als einzige Antikriegspartei wahrgenommen. Die auf Parteitagungen gefassten Beschlüsse entsprechen diesen Erfordernissen, eine Vielzahl von Genossen ist aktiv an konkreten Einzelmaßnahmen vor Ort beteiligt, die Fraktion der Partei im Deutschen Bundestag stimmt als einzige gegen alle Kriegseinsätze der Bundeswehr. Das sind bedeutende Signale.

Es reicht jedoch nicht zur Mobilisierung der Basis der Partei und zur Aktivierung ihrer Rolle beim gesamtstaatlichen Kampf um die Erhaltung des Friedens. Die Tätigkeit zur Erhaltung des Friedens stellt gemeinsam mit dem Ringen um sozialen Fortschritt die Hauptaufgabe der Partei dar.

5.1. Vorschläge für ein Friedensprogramm der Partei DIE LINKE

In Anbetracht der existierenden Waffensysteme, der bestehenden Kriegsgefahr und der Gefahren für das Fortbestehen der Menschheit insgesamt ist eine Aktivierung des Kampfes zur Erhaltung des Friedens innerhalb der Partei, und auch in ihrer Wirkung nach außen, dringend notwendig. Mit dem Ziel, den Entwurf des Wahlprogramms der Partei zu unterstützen, sollte ein Friedensprogramm der Partei ausgearbeitet werden, welches die Phase des Übergangs von der unipolaren zur multipolaren Weltordnung, sowie die Ausarbeitung der Grundlagen der künftigen multipolaren Weltordnung erfasst. Damit kommt auch die Rolle der Partei als Kraft der Zukunft zum Tragen.

Es wird folgende Gliederung vorgeschlagen:

1. Forderungen der Partei DIE LINKE an die führende politische Schicht der BRD und die Regierung.

Ausgehend von den Lehren der Vergangenheit unter Nutzung des starken politischen und wirtschaftlichen Potentials der BRD und ihrer Stellung in Europa, sollten wir von ihr zur Erhaltung des Friedens einfordern:

- die Wahrnehmung einer aktiven Rolle der Bundesrepublik als eine Art Mittler zur Lösung von Konflikten zwischen den Großmächten sowie zwischen Kräften, die eine Gefahr des Hinüberwachsens in große Kriege in sich tragen. Forderungen nach einer vorausschauenden friedenssichernden Außenpolitik;

- den sofortigen Abzug aller in der Bundesrepublik stationierten Kernwaffen. Beitritt der BRD zum Beschluss der UNO über das vollständige Verbot von Kernwaffen;

- Die Bundesrepublik soll Initiator für eine Art Gespräche, Verhandlungen und Übereinkommen wie Helsinki (Helsinki-2) sein. Die noch vorhandenen Ergebnisse von Helsinki wie OSZE genügen nicht mehr den Anforderungen;
- Ablehnung von Kriegseinsätzen der Bundeswehr, Ablehnung von Waffenexporten, Ablehnung von Erhöhungen des Rüstungsbudgets;
- das Eintreten für die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands;
- die Einflussnahme auf die Spitzengremien der EU in der gleichen friedenserhaltenden Richtung.

2. Vorschläge zur Aktivierung mit den auf die Erhaltung des Friedens orientierten Kräften der Bundesrepublik:

- Die Partei sollte stärker auf alle auf Frieden orientierten Kräfte zugehen und eine enge Zusammenarbeit anstreben, ohne eine Art Führungsrolle zu beanspruchen;
- die Partei sollte als Initiator zur Stärkung der politischen Bildung und Aufklärung der Bevölkerung auftreten. Dazu ist vor allem erforderlich, die Ursachen von Kriegen und Spannungen in den Mittelpunkt der Arbeit zu stellen. Besonders die derzeitige Instabilität des sicherheitspolitischen Konzeptes der USA erfordern immer wieder, die Zusammenhänge der Einzelfakten von den Ursachen zu erkennen;
- die Partei sollte in Auseinandersetzung mit den meinungsbildenden Medien, sozialen Netzwerken und politischen Kräften die tatsächlich vorhandenen Gefahren für die Erhaltung des Friedens offen benennen und rechtzeitig auf Kriegsgefahren hinweisen.
- die Partei sollte für die Entwicklung friedlicher Beziehungen zu Russland, zu den USA und zu allen Nachbarländern eintreten und „Russland-Phobie“ und Hass gegen Nachbarn bekämpfen.

3. Vorschläge zur Aktivierung in der Partei:

Dazu ist eine breite Aktivierung der Partei, beginnend vom Bundesvorstand über die Landesvorstände bis zur Basis, notwendig. Der oft geäußerte Standpunkt: Für die Sicherheitspolitik ist die Fraktion zuständig, lenkt von den notwendigen Aufgaben ab.

- Der Bundesvorstand sollte Maßnahmen zur Aktivierung der friedenspolitischen Arbeit innerhalb der Partei, vor allem zum Verständnis über die Ursachen und Zusammenhänge der Entstehung von Konflikten und der damit verbundenen Gefahren für den Frieden einleiten.
- Die aktive Tätigkeit der Fraktion der Partei im Deutschen Bundestag, vor allem zur Ablehnung aller Kriegseinsätze der Bundeswehr, ist auch weiterhin dringend erforderlich und sollte erhalten bleiben.
- Mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung könnten gemeinsame Schritte zur Ausarbeitung notwendiger Materialien, Durchführung von Konferenzen u. ä. beraten werden.
- Zur Unterstützung von Aktivitäten vor Ort und zur möglichen Zusammenarbeit mit weiteren friedenspolitisch orientierten Kräften sollten gemeinsame Maßnahmen partei- und organisationsübergreifend sowohl durch den Bundesvorstand, als auch auf der Ebene von Landes- oder Kreisvorständen erfolgen.

Leiter der AG Sicherheitspolitik des Stadtverbands der Partei DIE LINKE Strausberg

W. Neidhardt